

# 1 KEINE RUHE GEBEN – EIN POLITIKWECHSEL IST MÖGLICH

2  
3 AKTIONSPROGRAMM der Partei DIE LINKE. NRW

## 4 5 6 WIR SIND ANDERS ALS DIE ANDEREN

7  
8 **Die Linke. NRW ist keine Partei des großen Geldes.** Sie ist die Partei der - kleinen  
9 selbstständigen und unselbständigen - Erwerbstätigen, der Erwerbslosen, der Rentnerinnen  
10 und Rentner, der Auszubildenden und Studierenden. Sie alle sind heute Opfer der Politik der  
11 Regierungsparteien im Bund und im Land und auch wo SPD und Grüne in der Opposition  
12 sind, haben sie lange aufgehört, diesen Menschen eine Stimme zu geben und sie in ihren  
13 Anliegen zu unterstützen. Die Linke.NRW ist nötig und mit der Unterstützung tausender  
14 Mitglieder und Millionen Wähler und Wählerinnen wird sie auch jeden Tag mehr möglich.  
15 Heute ist sie bereits die drittstärkste politische Kraft. Sie beugt sich nicht den Wünschen der  
16 Mehrheitsaktionäre. Sie baut auf die Kraft der demokratischen Mehrheit. Ihre  
17 Glaubwürdigkeit ist ihr Kapital.

18  
19  
20 **Die Linke. NRW ist radikal und realistisch.:** Nichts blockiert den Fortschritt von  
21 Demokratie, sozialer Gerechtigkeit, Umweltschutz und Frieden mehr als das kapitalistische  
22 System selbst. Ein System, das die Profitinteressen einer kleinen Minderheit über alles stellt,  
23 muss Ungerechtigkeit, Umweltzerstörung und Krieg hervorbringen. Die Folgen des  
24 kapitalistischen Raubbaus sind katastrophal. Sie gefährden das Überleben des Menschen und  
25 der natürlichen Lebensgrundlagen. Der Kapitalismus darf nicht das letzte Wort der  
26 Geschichte sein.

27 Die linke Überlebensalternative ist der demokratische Sozialismus. Wir verstehen darunter  
28 eine Gesellschaft, ohne Ausbeutung von Mensch und Natur, indem sie den Einsatz der  
29 natürlichen Ressourcen und die Verteilung des erarbeiteten Reichtums rational und  
30 demokratisch regelt. Nur so kann die freie Entfaltung jeder und jedes einzelnen zur  
31 Bedingung der freien Entfaltung aller werden. Diese Alternative ist kein fernes Traumziel,  
32 sondern sie entsteht jeden Tag in den konkreten Kämpfen gegen die Politik der Parteien des  
33 Kapitals.

34  
35 **Die Linke. NRW steht für die Demokratisierung der Demokratie.** Die Politik der  
36 Umverteilung von unten nach oben und der Kommerzialisierung aller Lebensbereiche, die  
37 Ausgrenzung der Schwachen und der Abbau sozialer Schutzsysteme haben notwendigerweise  
38 ein erstes Opfer: Die Demokratie. Wirtschaftliche und soziale Ungleichheit und  
39 Ungerechtigkeit lassen sich nur mit mehr Repression, Überwachung und innere  
40 Militarisierung aufrechterhalten. Wer die reiche Welt von der armen abschottet und eine  
41 ungerechte Weltwirtschaftsordnung verteidigt, kommt zwangsläufig zur heute täglich  
42 ausgedehnten Militarisierung auch der Außenpolitik. Demokratie ist Voraussetzung für den  
43 notwendigen Systemwechsel. Eine solidarische und demokratische Gesellschaft kann nur von  
44 den Menschen selbst ausgehen. Sie muss von der breiten Mehrheit gewollt, getragen und  
45 gestaltet werden. Sie erfordert ihr aktives Heraustreten aus der passiven ZuschauerInnenrolle.  
46 Als bloße ZuschauerInnendemokratie verkümmert Demokratie. Sie verkommt zur  
47 verwalteten, inszenierten - gelenkten "Demokratie".

48 Demokratie ist so direkt wie möglich zu gestalten. Sie muss möglichst bürgerInnennah,  
49 transparent und dezentral organisiert werden. In allen gesellschaftlichen Bereichen, den  
50 Schulen, Universitäten, Betrieben und Verwaltungen müssen Selbstbestimmung,  
51 demokratische Kontrolle und Entscheidungen im Sinne der Mehrheit einkehren. In

52 demokratischen Gesellschaften gilt: Wirtschaftspolitik muss in der Politik, nicht in der  
53 Wirtschaft, gemacht werden. Gesellschaftliches Interesse hat Vorrang vor privaten  
54 Profitinteressen. Öffentliches Eigentum und öffentlicher Einfluss müssen gestärkt werden.  
55 Wir streben die Kontrolle von Schlüsselbereichen der Wirtschaft durch die öffentliche Hand  
56 an, wie es die Verfassung von NRW verlangt: "Unternehmen, die wegen ihrer  
57 monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben, sollen in Gemeineigentum überführt  
58 werden. Zusammenschlüsse, die ihre wirtschaftliche Macht missbrauchen, sind zu verbieten."  
59 (Artikel 27 ) Wir lehnen die Privatisierungspolitik von Bund, Land und Kommunen ab und  
60 fordern die Rückführung des bereits Privatisierten in öffentliches Eigentum.

61  
62 **Die Linke. NRW steht für soziale Gerechtigkeit und Solidarität.** NRW ist ein reiches  
63 Land. Aber: zwei Drittel aller Vermögen gehören einem Fünftel der Haushalte. Die reichsten  
64 5% davon kontrollieren allein fast 30% des Gesamtvermögens. SPD, CDU, FDP und Grüne  
65 haben die Umverteilung von unten nach oben massiv gefördert. Diese Politik war und ist  
66 sozial ungerecht und wirtschaftlich unverantwortlich. Sie vergrößert spekulative Börsenblasen  
67 auf Kosten der realen Kaufkraft im Land. Wir fordern: Umsteuern! Unser Land kann sich die  
68 Steuerfreiheit für große Vermögen nicht leisten. Hohe Erbschaften und Spitzeneinkommen  
69 sind drastisch höher und effektiv zu besteuern. Die Mehrwertsteuer muss wieder gesenkt  
70 werden.

71 Soziale Sicherheit beruht auf Solidarität, Entsolidarisierung zerstört sie. Die Linke.NRW  
72 lehnt die Privatisierung der Lebensrisiken Alter, Krankheit und Arbeitslosigkeit ab. Durch sie  
73 werden Altersarmut, Klassenmedizin und Hartz IV zur beständigen Bedrohung für die breite  
74 Mehrheit. Sozial und sicher ist nur die linke Alternative: eine solidarisch finanzierte und  
75 gesetzlich garantierte Absicherung für alle.  
76 Sozial ist, was Würde sichert. Hartz IV muss weg. Eine soziale Grundsicherung, die ihren  
77 Namen verdient, muss her. Armut muss und darf es - im 21. Jahrhundert, in einem der höchst  
78 industrialisierten Länder der Welt - nicht geben. Es ist eine Schande, dass in NRW jedem  
79 vierten Kind zugemutet wird, in Armut aufzuwachsen.

80  
81 **Die Linke. NRW ist konsequent gegen Krieg und fantasievoll für den Frieden.** Der so  
82 genannte "Krieg gegen den Terror" bringt das Gegenteil von Frieden und Sicherheit. Er hat  
83 sich schon jetzt als das teuerste Terrorförderprogramm der Geschichte erwiesen. Wir fordern:  
84 Schluss mit dem mörderischen Irrsinn. Schluss mit jeglicher Kriegsbeteiligung. Wir lehnen  
85 In- und Auslandseinsätze der Bundeswehr ab. Ihre Auf- und Umrüstung zur weltweiten  
86 Angriffsarmee muss gestoppt und rückgängig gemacht werden. Militärstandorte im Land,  
87 über die Kriegseinsätze ausländischer und deutscher Truppen geleitet oder unterstützt werden,  
88 sind zu schließen. Wir betrachten Rüstungsprodukte nicht als Wirtschaftsgüter, sondern als  
89 Instrumente zum Töten von Menschen. NRW muss ein Land werden, in dem nicht für den  
90 Krieg, sondern für den Frieden geforscht und gearbeitet wird.  
91 Wir fordern die Menschen in NRW dazu auf, keinerlei Kriegsbeteiligung und  
92 Kriegsvorbereitung vor der eigenen Haustür zu dulden. Frieden braucht Bewegung - vielfältig  
93 und massenhaft, beharrlich und fantasievoll.

94  
95 **Linke Politik wartet nicht auf Wunder von oben, sondern entfaltet Druck von unten.**  
96 Die Linke. NRW ist die Wahl- und Alltagsalternative zur großen Koalition der sozialen Kälte.  
97 Wir arbeiten mit und in den Gewerkschaften, den alten und neuen sozialen Bewegungen, der  
98 Friedens-, Frauen-, Umweltbewegung und der Bewegung gegen Faschismus und Rassismus  
99 sowie in Initiativen und Vereinen für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse in  
100 NRW. Wir unterstützen große und kleine Reformschritte in diese Richtung. Eine Politik, die  
101 Sozialabbau betreibt, privatisiert und die Ausbeutung der Beschäftigten verschärft, tolerieren  
102 wir nicht. Die Linke. NRW ist zu verantwortungsbewusst, um sich in eine verantwortungslose

103 Politik einbinden zu lassen. Wir lassen uns auch nicht einschüchtern durch  
104 Totschlagsargumente wie „Das schreibt die EU vor“ oder „Das ist Bundes- nicht  
105 Landesangelegenheit“. All diese „Zwänge“ sind Ergebnis gewollter Politik und durch eine  
106 andere Politik änderbar. Im Mindesten kann eine Regierung in NRW auf Seite der  
107 Bürgerinnen und Bürger eine widerständige Politik entfalten, und durch parlamentarische und  
108 außerparlamentarische Initiativen die Gegenwehr organisieren und ermutigen.  
109 Wir treten in der Gesellschaft und in den Parlamenten für eine andere, sozialistische Politik  
110 ein. Wir verklären die Profitinteressen der reichen Minderheit nicht zum übermenschlichen  
111 "Sachzwang". Wir wollen nicht gegen die Mehrheit der Menschen "durchregieren". Wir  
112 stehen auf der Seite der missachteten Mehrheit und der Ausgegrenzten. **Wir wollen eine**  
113 **Politik, die für die Menschen ist, weil sie von ihnen gemacht wird.**

114  
115

### 116 **Vier Parteien gegen eine: nur DIE LINKE. will eine völlig andere** 117 **Wirtschafts- und Sozialpolitik**

118

119 Sie erklären „die Schaffung eines Niedriglohnssektors“ zum wichtigsten wirtschaftspolitischen  
120 Ziel und wundern sich heute, dass Millionen von der Erwerbsarbeit nicht mehr leben können.  
121 Sie rufen „Die Arbeit in Deutschland ist zu teuer“ und wundern sich dann, dass der Konsum  
122 und die Massennachfrage schwinden. Sie verlangen, dass die Beschäftigten immer länger  
123 arbeiten sollen, und wundern sich, dass keine Arbeitsplätze für Millionen Erwerbslose  
124 geschaffen werden. Sie zerschlagen die Sozialversicherungen, und wundern sich, dass für  
125 Millionen die Rente im Alter oder bei Erwerbsunfähigkeit nicht zum Leben reicht und  
126 Krankheit unbezahlbar wird. Sie verordnen denen, die eine solidarische Gesellschaft am  
127 nötigsten haben, Armut und Zukunftslosigkeit per Gesetz und wundern sich, dass Hass auf die  
128 Gesellschaft, Gewalttätigkeit, Kriminalität und Politikverdrossenheit wachsen. Sie verteilen  
129 Steuergeschenke an Reiche und Konzerne und verzichten auf Staatseinnahmen, um sich dann  
130 zu wundern, dass kein Geld für öffentliche Daseinsvorsorge und kommunale Infrastruktur  
131 vorhanden ist. Sie verscherbeln öffentliches Eigentum an Privatanleger und wundern sich,  
132 dass ihnen die Kontrolle und Planung über öffentliche Dienstleistungen, Wohnungsmarkt,  
133 Gesundheits- und Energieversorgung, Fernseh- und Kulturproduktion verloren gehen und  
134 dem Profitinteresse von Privatunternehmen ausgeliefert werden. Die Politik der  
135 Regierungsparteien erscheint irrsinnig, aber sie verfolgt dennoch einen Sinn: sie bedient nur  
136 noch die Interessen einer gesellschaftlichen Minderheit von Vermögenden und Konzernen.  
137 Auch wenn gerade die Konjunktur brummt, geht dieser Aufschwung an den meisten  
138 Menschen vorbei.

139 Damit muss endlich Schluss sein! Um ein selbst bestimmtes Leben, sinnvolle und sozial  
140 gestaltete Arbeit für alle zu ermöglichen, ist ein grundsätzlicher Kurswechsel in der  
141 Wirtschafts- und Sozialpolitik unumgänglich. Die Landesverfassung verlangt im Artikel 24,  
142 das Wohl des Menschen in den Mittelpunkt des Wirtschaftslebens zu stellen. Der  
143 Verfassungsschutz mag DIE LINKE. NRW überwachen, aber sie wird im neuen Landtag die  
144 einzige verfassungskonforme Partei sein.

145

### 146 **Es gibt keine „Sachzwänge“, sondern nur verschiedene Interessen**

147

148 **Deshalb ist DIE LINKE. NRW die Partei der Umverteilung von Oben nach Unten. Sie**  
149 **ist mit parlamentarischen und außerparlamentarischen Initiativen dabei**

150

151 - Wenn Beschäftigte und ihre Gewerkschaften für höhere Einkommen kämpfen und  
152 dafür notfalls streiken, weil die Umverteilung von unten nach oben und die stete  
153 Senkung der Lohnquote gestoppt werden müssen. Wir stehen dabei auf der Seite der

- 154 konsequenten und wenn es erforderlich ist auch Konflikt orientierten Kolleginnen und  
155 Kollegen und scheuen auch nicht, zaudernde und versöhnlerische  
156 Gewerkschaftsvertreter zu kritisieren.
- 157 - Wenn bundes- und landesweit für einen gesetzlichen Mindestlohn gestritten wird, der  
158 mindestens 8,50 Euro betragen muss, wie es die Fraktion der LINKEN im Bundestag  
159 fordert.
  - 160 - Bei bundespolitischen Initiativen zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer, zur  
161 gerechten Umgestaltung der Einkommensteuer, Ausweitung der Erbschaftssteuer,  
162 Einführung einer Börsenumsatzsteuer und der Stärkung der kommunalen  
163 Gewerbesteuer sowie Senkung der indirekten Steuern, die immer zu Lasten der  
164 einkommensschwachen Menschen gehen.
  - 165 - Bei internationalen Kampagnen und Initiativen gegen Lohndumping und für das Recht  
166 auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit.
  - 167 - Auf der Seite der Erwerblosen und ihrer Verbände im Kampf um eine sofortige  
168 Erhöhung der ALG-2-Sätze mindestens auf die aus diesen Reihen und von  
169 unabhängigen Experten geforderte Höhe, gegen die Kürzung des ALG-1 und für die  
170 Einführung einer armutsfesten, repressionsfreien sowie am Bedarf orientierten  
171 Grundsicherung. Öffentliche Einrichtungen und Dienstleistungen müssen für  
172 Erwerbslose und Einkommensschwache kostenlos sein.
  - 173 - Wenn Rentnerinnen und Rentner mit ihren Verbänden gegen die drohende Armut im  
174 Alter kämpfen. Wir sind für den Erhalt und Ausbau der umlagenfinanzierten  
175 Rentenversicherung in eine solidarische Bürgerversicherung, die alle Einkommen  
176 einbezieht sowie gegen die Abkoppelung der Renten von den allgemeinen  
177 Einkommensentwicklungen.

### 179 **DIE LINKE. NRW ist die Partei der neuen Umverteilung auch bei der Arbeitszeit.**

180  
181 Der Irrsinn, dass Millionen Menschen erwerbslos sind und eine Null-Stundenwoche haben,  
182 während Millionen andere buchstäblich arbeiten, bis sie umfallen, muss ein Ende haben.  
183 Deshalb ist DIE LINKE.NRW für eine schnelle und deutliche Arbeitszeitverkürzung ohne  
184 Einkommensverluste. Die Arbeit muss auf alle verteilt werden, die arbeiten wollen.  
185 Gleichzeitig muss der Trend zu prekären Beschäftigungsverhältnissen, zu Leiharbeit und  
186 sogar Zwangsarbeit wie den 1-Euro-Jobs umgedreht werden.

- 187
- 188 - Mit tariflichen und gesetzlichen Mitteln muss die tägliche, wöchentliche und  
189 Lebensarbeitszeit verkürzt werden. Für die 30-Stundenwoche bei vollem  
190 Lohnausgleich, wie sie in zahllosen Gewerkschaftsbeschlüssen und sogar dem noch  
191 gültigen SPD-Programm gefordert wird.
  - 192 - Alle Maßnahmen der Landesregierung zur Verlängerung der Arbeitszeit der öffentlich  
193 Beschäftigten sind zurückzunehmen.
  - 194 - Wir unterstützen alle Initiativen gegen die unsicheren Beschäftigungsverhältnisse in  
195 Minijobs und Scheinselbstständigkeit. Jede geleistete Arbeitsstunde muss  
196 sozialversicherungspflichtig sein. Ein-Euro-Jobs sind in vollwertige Arbeitsplätze  
197 umzuwandeln. Wir sind für ein Verbot der Leiharbeit und dort, wo sie übergangsweise  
198 noch stattfindet, muss der von der EU geforderte Grundsatz „Gleicher Lohn für  
199 gleiche Arbeit“ ausnahmslos umgesetzt werden.
  - 200 - Wir stehen an der Seite der Jugendlichen mit ihrer Forderung nach mehr und guten  
201 Ausbildungsplätzen. Betriebe, die nicht ausbilden, müssen endlich eine  
202 Ausbildungsabgabe zahlen. Daraus und statt der unsinnigen Warteschleifen-  
203 Programme können überbetriebliche Ausbildungseinrichtungen eingerichtet werden.  
204 Die öffentlichen Unternehmen im Land und der Kommune müssen ihre

205 Ausbildungsquote erhöhen. Die immer mehr ausgeweitete Praxis, Fachkräfte und  
206 HochschulabsolventInnen mit Praktika, Projektarbeiten und dergleichen zu  
207 kostenloser oder extremer Billigarbeit zu zwingen, muss durch tarifliche und  
208 gesetzliche Maßnahmen bekämpft werden.  
209 - Wir fordern ein öffentliches Beschäftigungsprogramm mit ökologisch und sozial  
210 nachhaltigen Investitionen und vollwertigen Arbeitsplätzen

211  
212

### 213 **Der Staat gegen die Mehrheit – Öffentlich geht vor Privat**

214

215 Nirgends wird so deutlich, dass die Politik der Regierungsparteien nur noch die Interessen  
216 einer Minderheit bedient, wie am Umgang mit gesellschaftlichem Eigentum im Wohnungs-  
217 und Verkehrswesen, bei Bildungseinrichtungen, Krankenhäusern, bei Sparkassen,  
218 Stadtwerken und weiteren Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Jahrzehntlang  
219 gewachsenes öffentliches Eigentum wird ohne oder mit kaum demokratischer Legitimation  
220 verscherbelt oder zerschlagen. Privaten nur am Gewinn der Anteilseigner interessierten  
221 Unternehmen werden die Türen zu Schulen, Universitäten und öffentlichen Einrichtungen  
222 geöffnet. Auf der Strecke bleiben die Rechte und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten und  
223 die Qualität der Dienstleistungen. Aber überall beginnen sich die Menschen gegen diese  
224 Spitze der Unvernunft und Kurzfristigkeit der kapitalistischen Politik zu wehren. DIE  
225 LINKE.NRW unterstützt diesen Widerstand auf allen Ebenen. Wir fordern eine generelle  
226 Umkehr der Privatisierungspolitik. Im Interesse der Verbraucher und der Beschäftigten sowie  
227 aus Gründen des Umweltschutzes müssen die Energie- und Wasserversorgung, Gesundheits-  
228 und Bildungswesen, sozialer Wohnungsbau und Abfallwirtschaft, öffentlicher Verkehr und  
229 kulturelle Einrichtungen in gesellschaftlichem Besitz bleiben. Bereiche, die schon privatisiert  
230 sind, müssen rekommunalisiert werden. Bürokratische Verkrustungen sowie die Qualität der  
231 Dienstleistungen müssen durch eine Ausweitung der demokratischen Kontrolle und  
232 Mitbestimmung der Beschäftigten und der VerbraucherInnen abgebaut werden. DIE LINKE.  
233 führt seit ihrer Gründung eine bundesweite Kampagne gegen die Privatisierungen, die wir in  
234 NRW verstärkt aufgreifen werden.

235

- 236 - Wir sind gegen die Privatisierung kommunaler Wohnungsbestände, allen voran der  
237 Landesentwicklungsgesellschaft (LEG)
- 238 - Wir unterstützen Bürgerbegehren und andere Formen des Widerstandes gegen die  
239 Privatisierung im Wasserbereich, der Gesundheitsversorgung, öffentlichen  
240 Nahverkehr und kulturellen Einrichtungen. Das Wirtschaftsverbot für die Kommunen  
241 muss aufgehoben werden. DIE LINKE.NRW bekennt sich zu einer bevorzugten  
242 Behandlung öffentlicher Unternehmen und unterstützt alle Initiativen, die sich gegen  
243 Bundes- und EU-Gesetze wenden, die dies verbieten. Öffentliche Unternehmen  
244 müssen zum Wegbereiter für den Ausbau der Rechte der Beschäftigten und des  
245 Einflusses der VerbraucherInnen werden und nicht wie heute zu Türöffnern der  
246 privaten Wirtschaft bei Lohnkürzung und Arbeitszeitverlängerung.
- 247 - Wir sind für den Erhalt der öffentlich-rechtlichen Sparkassen und gegen die  
248 Privatisierung der WestLB . Stattdessen müssen deren Geschäfte stärker dem  
249 Gemeinwohl unterworfen werden. Ein kostenloses Girokonto für jeden ist dabei eine  
250 erste Verpflichtung.
- 251 - Wir sind gegen eine Kapitalprivatisierung des RAG-Konzerns. Die RAG muss in eine  
252 öffentliche Stiftung umgewandelt werden.

253

254 **Bildung ist keine Ware**

255 Alle Experten, auch aus ihren eigenen Reihen, stellen der Bildungspolitik der  
256 Regierungsparteien ein katastrophales Zeugnis aus. Es gibt zu wenig vorschulische  
257 Bildungseinrichtungen, zu wenig Personal auf allen Ebenen, zu wenig Ausstattung in den  
258 Einrichtungen, zu wenig Studierende. Dafür gibt es zuviel Ungerechtigkeit,  
259 Chancenungleichheit, Auslese nach sozialer Herkunft, am Bildungssystem Gescheiterte und  
260 schlecht Ausgebildete. Damit ist die Situation im Bildungswesen ein schlichtes Abbild der  
261 gesamtgesellschaftlichen Situation, der Polarisierung zwischen Arm und Reich, wie sie durch  
262 die kapitalistische Politik aller anderen Parteien und durch den Klassenkampf von oben auf  
263 Seiten der Kapitalverbände erzeugt wurde. Die Politik der Regierungsparteien ist nur darauf  
264 ausgerichtet, diesen Flurschaden, den der Neoliberalismus im Bildungswesen anrichtet,  
265 effektiver und kostengünstiger zu machen. Sie beharrt auf dem weltweit kritisierten  
266 mehrgliedrigen Schulsystem. Sie unterwirft Schulen und Hochschulen, ebenso wie  
267 vorschulische Einrichtungen einer individuellen und miteinander konkurrierenden  
268 Ökonomisierung und betriebswirtschaftlichen Logik und sie öffnet die Einrichtungen für  
269 direkte Investitionen der privaten Wirtschaft. Durch Gebühren und wachsende Kosten für  
270 Lehrmittel werden immer mehr Belastungen auf die Kinder und Jugendlichen bzw. deren  
271 Eltern abgewälzt. Demokratische Mitbestimmungsrechte von Schülern, Studierenden,  
272 Beschäftigten und Eltern stören dabei und werden wegereglementiert. Die Gesetze, die dazu  
273 erlassen werden, haben zwar schöne Namen, wie KIBIZ oder Hochschulfreiheitsgesetz, aber  
274 sie treiben zu Recht Tausende von Betroffenen auf die Straße.

275  
276 Die LINKE. NRW unterstützt diese Proteste. Viele ihrer Mitglieder sind politisch in einer  
277 Zeit der sechziger und siebziger Jahre groß geworden, als die Proteste an Schulen und  
278 Hochschulen zu einer die gesamte Gesellschaft erfassenden außerparlamentarischen  
279 Opposition anwuchsen und tief greifende kulturelle und politische Veränderungen auslösten.  
280 Wir wollen diese aufklärerische und die Gesellschaft kritisch herausfordernde Rolle der  
281 Jugend und der Bildungsstätten wieder herstellen. Der Jugend- und der Hochschulverband,  
282 die mit der LINKEN.NRW zusammenarbeiten, werden uns dabei unterstützen.

- 283
- 284 - Wir sind für eine gebührenfreie Bildung von der Kita bis zum Hochschulabschluss.
  - 285 - Wir sind für den Ausbau altersgemischter Kleingruppen in den vorschulischen  
286 Einrichtungen und für einen Rechtsanspruch auf Betreuung und Bildung auch für  
287 unter 3-Jährige. Die Ausbildung des Personals muss verbessert und regelmäßig  
288 Weiterbildung ermöglicht werden.
  - 289 - Wir sind gegen private Bildungseinrichtungen und „Eliteinstitute“ mit besonderer  
290 Förderung. Wir fordern die Einheitsschule für alle bis zur 10. Klasse mit umfassender  
291 Ausstattung für die individuelle Förderung
  - 292 - Das Schulgesetz muss zurückgezogen und die demokratische Mitbestimmung der  
293 Schülern und Eltern ausgebaut werden. Wir sind gegen die Auflösung der  
294 Schulbezirke.
  - 295 - Wir sind gegen Kopfnoten und Leistungsdruck statt individueller Förderung.
  - 296 - Wir sind gegen den so genannten „Bologna-Prozess“, der die Hochschulen  
297 betriebswirtschaftlich ausrichtet, die Abhängigkeit von privaten Finanzierungen erhöht  
298 und die Ausbildung in Bachelor- und Masterstudiengängen auf Kosten der  
299 Umfassendheit verkürzt und ökonomisiert. Das Hochschulfreiheitsgesetz muss  
300 zurückgenommen werden.

301  
302 **Gegen den Terror der Ökonomie**

303

304 Vom Armutsbericht der Landesregierung, über hunderte von wissenschaftlichen Studien bis  
305 zu Zustandsberichten von Krankenkassen und Sozialverbänden ist die Diagnose einheitlich:  
306 die gesellschaftliche Polarisierung zwischen Arm und Reich, Mächtig und ohnmächtig, mit  
307 Zukunft oder perspektivlos nimmt beständig zu. Zwanzig Prozent der Haushalte in NRW  
308 verfügen über 70 Prozent aller Vermögen, nur fünf Prozent der Haushalte besitzen fast 30  
309 Prozent der Vermögen. Gleichzeitig praktizieren die Verbände des Kapitals einen  
310 unverhohlenen Klassenkampf von oben, frei von jeder Ideologie des Gemeinsinns und des  
311 Sozialstaats. Der Mainstream in Wissenschaft und Medien bekennt sich zum Vorrang der  
312 Marktgesetze gegenüber der Politik. Der „Kapitalismus des 21. Jahrhunderts“ kalkuliert offen  
313 mit den gesellschaftspolitischen Folgen dieser sozialen Kälte. Ein wachsender Teil der  
314 Bevölkerung wird und fühlt sich ausgestoßen, nimmt am politischen und kulturellen Leben  
315 nicht mehr teil, weil er es materiell nicht kann oder auch weil er es nicht will. Die  
316 menschlichen Beziehungen verrohen parallel zur großen Politik, die die Schwelle zur  
317 gewaltsamen Konfliktlösung immer tiefer setzt. Die freche Bereicherungspolitik und das  
318 Elitedenken der reichen und herrschenden Kreise findet ihr Pendant im vulgären  
319 Sozialdarwinismus des Stammtischs und in wachsender Kriminalität. Entpolitisierung und  
320 Demoralisierung sind die eine, die wachsende Angst der Reichen und Privilegierten, dass ihre  
321 Party vielleicht doch nicht mehr lange so weiter gehen wird, ist die andere Wurzel dafür, dass  
322 die Demokratie zu Grabe getragen wird.

323 Unter wechselnden Schlachtrufen, vom Kampf gegen den Missbrauch der Sozialleistungen,  
324 über die Bedrohung durch die „organisierte Kriminalität“ bis hin zum „Krieg gegen den  
325 Terrorismus“ der letzten Jahre erleben wir eine beispiellose Aushöhlung demokratischer  
326 Strukturen und Prinzipien. Die Gewaltenteilung wird missachtet, Demonstrations- und  
327 Meinungsfreiheit werden eingeschränkt oder zeitweilig ganz außer Kraft gesetzt, das  
328 Parlament wird entmachtet, das Recht auf informationelle Selbstbestimmung wird einem  
329 Überwachungsstaat geopfert, der alle neuen technologischen Mittel ausnutzt. Die  
330 Bundesregierung und die Landesregierung in Düsseldorf ziehen dabei an einem Strang, geben  
331 sich gegenseitig die Stichworte und ergreifen wechselseitig die Initiative.

332 Die Entdemokratisierung trifft die besonders, die schon immer weniger Rechte hatten. NRW  
333 ist ein Einwanderungsland, in dem 4,3 Millionen Menschen nicht-deutscher Herkunft sind,  
334 knapp die Hälfte davon ohne deutschen Pass. Für sie gelten Sondergesetze und es werden  
335 ihnen demokratische Rechte vorenthalten, allen voran das Wahlrecht. Sie werden  
336 ausdrücklich desintegriert. Die herrschende Politik duldet nur Einwanderer, die einen  
337 unmittelbaren ökonomischen Nutzen haben. Dass die Arbeitskräfte, die ins Land kommen  
338 oder geholt werden, auch Menschen sind, hat die deutsche Politik seit 45 Jahren nicht  
339 begriffen. Insbesondere Flüchtlinge, die überwiegend Opfer einer Weltwirtschaftsordnung  
340 sind, zu deren Architekten und Garanten sich der Exportweltmeister Deutschland und seine  
341 Regierungen unermüdlich erklären, werden ihrer elementaren Rechte – wie Recht auf Asyl,  
342 Freizügigkeit, Arbeit und Gesundheitsversorgung – beraubt. Sie werden in Sammellagern  
343 einquartiert und offizielles Ziel der Politik ist es, sie ausdrücklich nicht zu integrieren, um die  
344 Abschiebung nicht zu erschweren.

345 Der Terror der Ökonomie trifft all die doppelt, die im ihnen aufgezwungenen  
346 Konkurrenzkampf um die beste Vermarktung Einschränkungen haben: Kranke, Behinderte,  
347 Alte und alle, die im Sozialstaat ein Recht auf besondere Förderung und Ausgleich ihrer  
348 Nachteile haben. Ihnen werden im Rahmen der Sparpolitik Vergünstigungen gestrichen und  
349 Einrichtungen geschlossen und gleichzeitig werden sie als wirtschaftlich unnützlich diskriminiert  
350 und ausgegrenzt.

351 DIE LINKE.NRW steht an der Seite der Bürgerrechtsinitiativen, der MigrantInnenbewegung  
352 und all der Selbsthilfe- und Selbstorganisations-Initiativen von Behinderten, Kranken und  
353 SeniorInnen. Sie setzt der Politik des Misstrauens, der Überwachung und Entrechtung die  
354 Forderung nach einem Ausbau der Demokratie und umfassender solidarischer Umgestaltung

355 der gesellschaftlichen Beziehungen gegenüber. Sie unterstützt Schwule und Lesben, und alle,  
356 die wegen ihrer sexuellen Orientierung diskriminiert und benachteiligt werden, in ihren  
357 Kampf für ein eigenständiges, selbst bestimmtes Leben und gegen die Diskriminierung.  
358 Entdemokratisierung, autoritärer Staat, Überwachung, Sozialdarwinismus gepaart mit  
359 Rassismus, Nationalismus und Ausländerhass - dass sind die Grundlagen des sich immer  
360 wieder ausbreitenden und „modernisierenden“ Rechtsextremismus und Neofaschismus. Sie  
361 konkurrieren mit der offiziellen Politik um die Stammtischhoheit und verkaufen sich als harte  
362 Vollstrecker, der zu zögerlichen offiziellen Politik. Weil es keinen wirklichen Bruch zwischen  
363 der Ideologie der Neoliberalen und der der Neonazis gibt, ist es der herrschenden Politik nicht  
364 möglich, den Neofaschismus wirklich zu bekämpfen. Sie sieht nur Einzeltäter, betrunkene  
365 Jugendliche und Verwirrte.

366 DIE LINKE.NRW bekämpft mit der antifaschistischen Bewegung die Neonazis, wo sie sich  
367 zeigen. Sie weiß: nur eine starke Linke vertreibt die Rechte.  
368

- 369 - Wir fordern einen umfassenden Ausbau der Demokratie. Wir sind für Bürgerbegehren  
370 und Bürgerentscheid mit wirklicher Entscheidungsmacht in allen Fragen. Wir sind für  
371 eine Stärkung der Kommunen und bürgerschaftlichen Beteiligungsmöglichkeiten. Die  
372 Rechte der kommunalen Parlamente müssen ausgebaut und die Macht der Verwaltung  
373 eingeschränkt werden.
- 374 - Wir sind gegen die schleichende Aufhebung der Demonstrationsfreiheit durch  
375 Polizeimaßnahmen und Behördenwillkür.
- 376 - Wir sind für eine Demokratisierung in den Betrieben durch Ausbau der  
377 Mitbestimmungs- und Vetorechte für die Belegschaften und ihre Vertretungsorgane
- 378 - Wir sind für ein umfassendes Verbandsklagerecht von Umweltverbänden und  
379 Bürgerinitiativen.
- 380 - Wir sind für die Rücknahme der Überwachungsgesetze des Bundesinnenministers. In  
381 NRW soll die Umsetzung dieser Gesetze verweigert und auf allen Ebenen angegriffen  
382 werden. Wir sind gegen den Ausbau der Video-Überwachung und der Lausch- und  
383 Kontrollangriffe auf private Wohnungen und Computer
- 384 - Wir sind für die Auflösung des Verfassungsschutzes.
- 385 - Wir sind für ein umfassendes Wahlrecht aller hier lebenden Menschen. Die  
386 Sondergesetze zur speziellen Kontrolle der Menschen ohne deutschen Pass müssen  
387 abgeschafft werden. Die Einbürgerung muss erleichtert und mehrfache  
388 Staatsbürgerschaft akzeptiert werden.
- 389 - Wir sind für die Rückkehr zu einem wirklichen Recht auf Asyl. Flüchtlinge müssen  
390 ein Bleiberecht erhalten. Die Abschiebep Praxis muss gestoppt, die Sammellager und  
391 Abschiebehaftanstalten müssen aufgelöst werden.
- 392 - Wir sind für ein Verbot der NPD und aller neofaschistischen Parteien und  
393 Organisationen.
- 394 - Wir fordern die Rücknahme der Kürzungen im Gesundheitsbereich. Den Ausbau der  
395 Beratungs- und Hilfseinrichtungen für Kranke und Behinderte. Die Versorgungsämter  
396 sollen erhalten bleiben.

397  
398

### 399 **Frauen an die Macht**

400

401 Selbst die demokratischste und aufgeklärte Gesellschaft hat es nicht geschafft, die  
402 jahrtausende alte Unterdrückung der Frauen gänzlich aufzuheben. Die ökonomische  
403 Klassenteilung in Kapitalbesitzer und Kapitallose, die Hauptkennzeichen des Kapitalismus  
404 war und ist, hat die viel ältere und tiefer sitzende Ungleichheit zwischen Männern und Frauen  
405 nicht etwa aufgehoben, sondern in sich aufgenommen. Die heute vielfach beschriebene

406 Rückkehr zum „Radikal-Kapitalismus“ , der sich von sozialstaatlichen Hemmschuhen befreit  
407 und die so genannte Globalisierung, unterstreichen dies: die soziale Ungleichheit zwischen  
408 Männern und Frauen nimmt wieder zu. Bei der Schaffung des „Niedriglohnssektors“ sind die  
409 Frauen die erste Zielgruppe, bei den prekär Beschäftigten stellen sie die Mehrheit. Die  
410 Verlängerung der Arbeitszeit führt zu einer Verschärfung der ungleichen Aufteilung der  
411 Haus- und Reproduktionsarbeit. Die öffentlichen Sparprogramme richten sich zuerst gegen  
412 angeblich überflüssige Beratungs- und Gleichstellungsstellen, gegen Frauenhäuser und  
413 Maßnahmen zur Frauenförderung. Die nächsten Opfer sind Betreuungs- und  
414 Bildungseinrichtungen für Kinder, was überwiegend Frauen aus der Erwerbstätigkeit oder in  
415 prekäre Beschäftigung treibt. Die wachsende Zentralisierung von Besitz- und  
416 Machtverhältnissen und die allgemein ausgedehnte Kultur der Ellbogengesellschaft und  
417 sozialen Selektion haben zu einer relativen und in vielen Bereichen sogar absoluten Zunahme  
418 der Macht- und Entscheidungsposten, die von Männern besetzt sind geführt. Letztlich  
419 verlagert die neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik immer mehr soziale  
420 Reproduktionsleistungen, wie Erziehung, Pflege und Gesundheitsversorgung, wieder zurück  
421 in die Kleinfamilie und zwingt diese gleichzeitig auf Grund der Lohnsenkungspolitik, mehr  
422 als einer Erwerbsarbeit nachzugehen. Die Opfer dieser Zwickmühle sind fast immer die  
423 Frauen, die viel zitierte „Doppelbelastung“ in Familie und Beruf nimmt nicht etwa ab,  
424 sondern zu. Die Ausrichtung der Gesellschaft am „Stärksten und Erfolgreichsten“ führt zu  
425 vielen „schwachen Männern“ und Verlierern in allen gesellschaftlichen Schichten. Sie  
426 reagieren dann gern mit Mobbing, Erniedrigung und offener Gewalt gegen Frauen, Die  
427 Frauen haben viele also Gründe, sich gegen die alte und neue Ungleichheit zu wehren.

428  
429 DIE LINKE. NRW unterstützt die Frauenbewegung in ihren konkreten Kämpfen gegen alle  
430 Formen der Unterdrückung und Ungleichbehandlung. Gerade für eine linke Partei müssen  
431 Geschlechterfragen und Chancengleichheit integraler Bestandteil der Politik werden.

- 432
- 433 - Wir sind für Gleichstellungsstellen mit genügend Mitteln und wirksamen Rechten, die
  - 434 nicht nur eine Alibi-Institution der Männerhierarchien sind.
  - 435 - Wir sind gegen die Mittelkürzungen für Frauenhäuser und Frauenprojekte.
  - 436 - Wir sind für konsequente Umsetzung des Gender Mainstreaming auf allen Ebenen der
  - 437 Politik, aber
  - 438 - wir sind auch für autonome Strukturen für Frauen und deren besondere Förderung und
  - 439 Geld und zur Verfügung gestellte Zeit.
  - 440 - Wir werden auch unsere eigenen Parteistrukturen davon nicht ausnehmen und
  - 441 wünschen uns ständige kritische Kontrolle und Kritik der Frauenbewegung.

## 442

### 443 **Es gibt keinen ökologischen Kapitalismus**

444

445 Eine Wirtschaftsordnung, deren erste Zielsetzung das Wachstum der privat angeeigneten  
446 Profite ist KANN nicht gegenüber Umwelt und natürlichen Ressourcen nachhaltig wirken.  
447 Die Hauptkennzeichen des Kapitalismus sind steigender Verbrauch von Rohstoffen, Wasser,  
448 Boden und Energie, sind Verschwendung, planlose Aufblähung der Produktion und des  
449 Konsums sowie die Produktion von nutzlosen – außer dem Nutzen, einem Unternehmen  
450 Gewinn zu bringen, und schädlichen Produkten. Jedes einzelne Unternehmen organisiert seine  
451 eigene Planwirtschaft, bei den großen Konzernen mit Welt umspannenden Auswirkungen,  
452 zusammen treten sie jedoch in einen irrationalen Konkurrenzkampf um Marktanteile, billige  
453 Ressourcen und Arbeitskräfte. Das ist die Ursache für die beschleunigte Zerstörung der  
454 Umwelt, nicht Unwissen oder Unmoral der Wirtschaftsakteure. Heute fordern  
455 Umweltverbände, alle Experten und zahllose internationale Organisationen, dass nur schnelle  
456 und radikale Maßnahmen die Zerstörung des Klimas und der Lebensbedingungen für die

457 gesamte Menschheit aufhalten können. Alle Parteien, die sich dem Neoliberalismus  
458 verschrieben haben, die darauf hoffen, dass der Markt auch die Umweltzerstörung regulieren  
459 kann, versagen komplett vor dieser historischen Aufgabe. Ein Stromunternehmen wird  
460 niemals eine Politik des Energiesparens entfalten können, ein Automobilkonzern wird  
461 niemals eine Eindämmung des Individualverkehrs organisieren. Umweltpolitik ist heute fast  
462 automatisch antikapitalistische Politik.

463 DIE LINKE.NRW steht an der Seite der Umweltinitiativen und fordert den Beginn einer  
464 wirksamen Umweltpolitik, die nicht nur wie CDU und FDP in Nordrheinwestfalen hinter den  
465 Interessen der Privatwirtschaft her tragt. DIE LINKE.NRW steht aber auch an der Seite der  
466 Beschäftigten, die in Umwelt zerstörenden Anlagen arbeiten. Sie haben ein Recht auf  
467 Einkommensbestandsschutz und neue Arbeitsplätze. Wir wollen keine Öko-Diktatur, sondern  
468 einen gemeinsamen Kampf von Arbeiter- und Umweltbewegung für die Zukunft der  
469 Menschen.

470

- 471 - Wir sind für den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomenergie. Das  
472 Atommülllager in Ahaus darf kein Endlager werden. Die Urananreicherungsanlage in  
473 Gronau muss stillgelegt werden.
- 474 - Wie sind für dezentrale und kommunale Energieversorgungsstrukturen. Die  
475 Energiekonzerne müssen vergesellschaftet werden.
- 476 - Wir fordern den schnellstmöglichen Stopp des Braunkohleabbaus und der  
477 Braunkohleverstromung und auch der Steinkohleverstromung. Ein Sockelbergbau soll  
478 mittelfristig erhalten bleiben, um Kohle für die Stahlproduktion und als chemischen  
479 Rohstoff zu sichern.
- 480 - Wir fordern ein umfassendes Programm zur Förderung alternativer, regenerativer  
481 Energie und aller Maßnahmen zur Einsparung von Energie
- 482 - Wir fordern eine neue Verkehrspolitik mit absolutem Vorrang für den öffentlichen  
483 Nahverkehr und ein Zurückdrängen des motorisierten Individualverkehrs. Netzdichte,  
484 Taktzeiten und Ausstattung von Busse und Bahnen müssen verbessert werden. Die  
485 Preise für Fahrkarten müssen deutlich gesenkt, für Einkommensschwache auf ein  
486 symbolisches Minimum reduziert werden.
- 487 - Wir kämpfen mit den Initiativen der Bahnbeschäftigten und –benutzerInnen gegen die  
488 geplante Kapitalprivatisierung der Bahn. Die Bahn muss wieder vollständig in  
489 öffentlichen Besitz zurückgebracht werden.
- 490 - Wir sind gegen die gentechnisch veränderten Lebensmittel. Ihre Produktion und  
491 Vermarktung muss untersagt und verhindert werden. Wir sind für die Förderung von  
492 regionalen Produktions- und Vermarktungsstrukturen und die Ausbau der  
493 ökologischen Landwirtschaft
- 494 - Statt, wie die jetzige NRW-Regierung plant, die Umweltbehörden zu schwächen und  
495 zu zerschlagen, müssen sie ausgebaut und mit mehr Rechten und  
496 Kontrollmöglichkeiten ausgestattet werden.

497

#### 498 **MEHR WERDEN!**

499 Wir wissen und Umfragen bestätigen es regelmäßig: Millionen Menschen wünschen eine  
500 Politik, die sich an den hier umrissenen Zielen der neuen Partei DIE LINKE. NRW ausrichtet.  
501 Doch ohne eine breite und aktive Massenbewegung, ohne Aktionen und unermüdliche  
502 Mobilisierung in allen Bereichen der Gesellschaft, wird nichts davon erreicht werden. DIE  
503 LINKE. NRW ist keine Stellvertreterpartei und verspricht keine Wunder. Wir bekommen nur  
504 das, was wir uns holen und dafür benötigen wir die Unterstützung von Vielen. Ein Kreuz an  
505 der richtigen Stelle auf dem Wahlzettel ist schön, reicht aber nicht aus. Deshalb ist unser  
506 wichtigster Programmpunkt: Mehr werden. Dann ist eine neue Politik nicht nur nötig, sondern  
507 wird möglich.